

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Wiederaufbau im Ahrtal – Soforthilfe auszahlen, Infrastruktur wiederherstellen, regionale Wirtschaft stärken – Bestandsaufnahme und notwendige Verbesserungen

Der Landtag stellt fest,

Die Hochwasserkatastrophe vom 14./15. Juli 2021 ist in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz ohne Beispiel. 134 Menschen verloren ihr Leben. Hunderte wurden verletzt. Viele Opfer sind traumatisiert und werden immer wieder von ihren Erinnerungen eingeholt. Die Folgen der Flut werden noch lange spürbar und sichtbar sein, auch durch die Sachschäden in Milliardenhöhe.

In der akuten Notsituation und beim folgenden Wiederaufbau beteiligen sich große Teile unserer Gesellschaft: Brand- und Katastrophendienste, wie die Feuerwehren, THW oder DLRG, der DRK, die Malteser, die Johanniter, der ASB, die Bundeswehr, die Landwirte, Winzer und unzählige Lohnunternehmer, die Handwerker und vor allem die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer haben vielfach unentgeltlich bis zur Erschöpfung ihre Zeit, ihre Ressourcen und ihr Eigentum eingesetzt. Diesen Menschen gilt unser Dank.

Auch wenn sich die Flutkatastrophe nicht ausschließlich auf das Ahrtal beschränkte, ist der Landkreis Ahrweiler am stärksten getroffen. Im vergangenen Jahr konnte gemeinsam ein Teil des Tals wiederaufgebaut werden. Dennoch sind die Menschen weiterhin auf schnelle, unbürokratische und gut organisierte Hilfe angewiesen. Dies ist zuallererst eine staatliche Aufgabe, die die Landesregierung ausüben muss. Hierzu braucht es eine Kraftanstrengung in allen politischen Bereichen. Dank der Unterstützung der Bundesregierung, der anderen Bundesländer und von vielen privaten Spenden mangelt es nicht an finanziellen Mitteln. Die administrative Organisation muss jedoch eine zeitnahe Auszahlung gewährleisten. Das Versprechen von schneller und unbürokratischer Hilfe ist nicht ausreichend eingelöst worden, was in vielen Fällen zu Frustration führt.

Ein Jahr nach der Flut gilt es deshalb eine Bestandsaufnahme der Situation durchzuführen. Im Sinne der Menschen vor Ort müssen Verbesserungen angestoßen und vor allem endlich umgesetzt werden. Viele Menschen warten seit Monaten auf Hilfgelder oder Bewilligungen. Viele wissen nicht wie es weitergehen soll. Ältere Menschen stehen vor der Frage, ob es sich überhaupt noch lohnt zu bleiben oder von vorne anzufangen. Unternehmer, gerade im Tourismus, und die Winzer brauchen Planungssicherheit, wann sie wieder von ihrem Gewerbe leben können. Hierfür ist zentral die Infrastruktur, vor allem die Bahntrasse und Radwege, so schnell wie möglich wieder nutzbar zu machen. Dieser Stillstand und diese Ungewissheit, ist für die Menschen Vor-Ort, die voller Tatendrang sind, eine zermürbende Situation.

In zahlreichen Gesprächen wird dabei immer wieder auf die gleichen drängendsten Punkte verwiesen. Die angefügte Liste kann niemals eine abschließende Aufzählung sein. Wichtig ist jedoch, dass die Veränderungen schnellstmöglich umgesetzt werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, umgehend

1. die Abschlagszahlungen der Soforthilfe für Gebäudeschäden von 20 auf 40 Prozent zu erhöhen;

2. für alle Antragsteller von Soforthilfeprogrammen – regionale Unternehmen und Privatpersonen – einen konkreten Ansprechpartner bei der ISB zu benennen, der etwaige Fragen unkompliziert und direkt löst;
3. die entsprechende Verordnung nachzubessern, sodass nicht nur ein äquivalenter Wiederaufbau, sondern auch ein dem Hochwasserschutz angepasster und klimafreundlicher moderner Bau gefördert wird;
4. endlich eine Lösung zu finden, dass die große Summe an Spendengeldern (z. B. für Winzerinnen und Winzer) ausgezahlt werden;
5. den kommunalen Verwaltungen im Landkreis Ahrweiler personell und finanziell alle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die sie für die enormen Aufgaben benötigen und dass es „Kümmerer“ für die Menschen Vor-Ort gibt.

Für die Fraktion:
Martin Brandl